

# Unterstützung der Ukraine verstetigen statt Solidarität nach jährlicher Haushaltslage

Wiederaufbau und Transformation erfordern  
jetzt eine Roadmap to EU

Ein Eckpunktepapier des  
Wirtschaftsforums der SPD e.V.



## Wiederaufbau und Transformation der Ukraine Roadmap to EU

Am 11. und 12. Juni 2024 findet in Berlin auf Einladung der Bundesregierung die Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine (Ukraine Recovery Conference, URC) statt. Diese Konferenz ist ein wichtiger Meilenstein in der Zusammenarbeit zwischen der EU, Deutschland und der Ukraine. Aus diesem Grund halten wir die Entwicklung einer umfassenden Strategie für die Ukraine für zwingend erforderlich, angesichts

- der Tatsache, dass in der Ukraine Demokratie und Freiheit für ganz Europa verteidigt werden;
- des Erfordernisses, die Verteidigung der Ukraine daher stetig und verlässlich zu unterstützen und die Finanzierung hierfür dauerhaft zu gewährleisten;
- der Erkenntnis, dass die Ukraine sich aber auch ökonomisch seit 2014 in einem tiefgreifenden Transformationsprozess befindet, der letztlich eine komplette Neuausrichtung der ukrainischen Volkswirtschaft auf die Kooperation und Vernetzung mit Partnern vor allem in der Europäischen Union zur Folge haben wird;
- der Notwendigkeit, heute den Wiederaufbau der Ukraine vorzubereiten, um spätestens mit Erreichen eines Waffenstillstands substanzielle Schritte vorangehen zu können;
- der ökonomischen Realität in der Ukraine, die immer weiter auseinanderdriftet – in eine militärisch gesicherte, ökonomisch erfolgreiche und stark wachsende Westukraine, in einige vom Krieg und Unsicherheit gezeichneten zentralen Regionen sowie einige östliche Teile der Ukraine, die unter russischer Besatzung leiden und deren Wirtschaft zunehmend abkoppelt wird;
- der getroffenen Zusage, die Ukraine in die Europäische Union und die Wirtschaft der Ukraine damit in den Binnenmarkt aufnehmen zu wollen;
- der Chancen und der Herausforderungen für die ukrainische Wirtschaft, die die hohe Zahl ukrainischer Geflüchteter darstellt,

sehen wir es als dringend erforderlich an, jetzt für zentrale Sektoren eine »Recovery and Transformation Roadmap to EU« zu entwickeln. Die Bundesregierung ist gefordert, eine koordinierte, ressortübergreifende Version dieser Roadmap für Deutschland zu erarbeiten. Eine solche Roadmap kann heute wichtige Schritte der Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Europa und der Ukraine auf wirtschaftlichem Gebiet und zwischen privaten Unternehmen herausarbeiten:

- Partnerschaften für den Knowhow- und Wissenstransfer durch den Aufbau hoch qualifizierter ukrainischer Fachkräfte, die in Deutschland leben und perspektivisch ein starkes Netzwerk zwischen Deutschland und der Ukraine darstellen können;
- Partnerschaften für den Technologie-Transfer durch gemeinsame Transfer-Agenturen und mögliche Co-Investments zwischen deutschen und ukrainischen Unternehmen, um auf diese Weise eine Modernisierung ukrainischer Produktionsprozesse nach Kriegsende vornehmen zu können;
- Öffnung der EU-Märkte für wesentliche ukrainische Exportprodukte mit dem Ziel, so schrittweise eine Integration in den Binnenmarkt inklusive der Übernahme der in der EU geltenden Marktregeln (z.B. beim Unbundling oder der Marktkontrolle) voranzubringen (bspw. Biomethan, klimafreundlicher Wasserstoff, landwirtschaftliche Produkte usw.);

- Stärkung der Lieferketten durch Unterstützung ukrainischer Vorprodukte durch entsprechende Öffnung von Finanzierungsprodukten und -garantien sowie den Ausbau deutsch-ukrainischer Unternehmenspartnerschaften entlang der Lieferketten;
- Vereinfachung von Logistik- und Lieferketten sowohl im Grenzübertritt als auch durch Bürokratieabbau;
- Verbesserte Finanzierung und Investitionsbedingungen für Kleine und Mittlere Unternehmen und in einem ersten Schritt eine Weiterentwicklung des Business Development Fund zu einer soliden Entwicklungs-Finanzierungsinstitution (nach dem Vorbild der deutschen KfW);
- Engere Verzahnung von Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit sowie den damit verbundenen Instrumenten und Akteuren;
- Ausbau der Absicherungsinstrumente wie Exportkreditgarantien oder ungebundene Finanzkredite (UFK-Garantien), um privates Kapital für den Wiederaufbau der Ukraine zu mobilisieren. Dies sind insbesondere
  - die Absenkung des Selbstbehalts auf bis zu 2,5 Prozent bei den Exportkreditgarantien im Einzelfall und
  - eine aus Bankensicht aktuell zwingende 100 Prozent-Deckung, um regulatorische Vorgaben erfüllen zu können, sowie
  - die Klärung vieler rechtlich offener Fragen im Zusammenhang mit der Finanzkreditdeckung;
- Ausbau der Kooperation mit dem ukrainischen IT-Sektor, um Digitalisierungsimpulse für Wirtschaft und Verwaltung in Deutschland voranzubringen;
- Schaffung eines Investitionsumfelds für deutsche Unternehmen in der Ukraine – Deutschland ist hier international führend und hat sich sogar unter Kriegsbedingungen zur Risikoabsicherung bereit erklärt, dennoch gilt es konkrete Lücken in der Finanzierung zu schließen;
- Förderung von vorbereitenden Planungsschritten deutscher Unternehmen bei der Implementierung von langfristigen Kooperationen mit ukrainischen Partnern;
- Entwicklung einer unabhängigen deutsch-ukrainischen wissenschaftlichen Studie für ein Zukunftsszenario der wirtschaftlichen Potenziale der Ukraine und der wirtschaftlichen Kooperation zwischen der Ukraine und Deutschland in unterschiedlichen Sektoren.

Dies kann die Grundlage dafür sein, dass Deutschland und die deutsche Wirtschaft ein dauerhafter, nachhaltiger und stetig verlässlicher Partner für die Ukraine und die ukrainische Wirtschaft werden. Aktuell erleben wir, dass sowohl unsere Unterstützung in der Verteidigung der Ukraine als auch der Wiederaufbau und die Transformation der Ukraine der Haushaltslage unterworfen ist. Die daraus resultierende Jährlichkeit lässt Deutschland immer weniger als verlässlichen Partner erscheinen.

Da der beschriebene Prozess bis hin zur EU-Mitgliedschaft der Ukraine noch rund ein Jahrzehnt dauern wird, ist es sinnvoll, den gesamten Zeitraum und den gesamten Transformationsprozess in den Blick zu nehmen. Daher halten wir es für zwingend erforderlich, dass die Finanzierung der Ukraine (von der Verteidigung bis zum Wiederaufbau) nicht aus dem Bundeshaushalt heraus erfolgt, sondern mittels eines Sondervermögens (für die Verteidigung) und eines revolvingen Marshall-Fonds mit einer zugehörigen Investitionsgesellschaft für Transformation und Wiederaufbau nach Vorbild des ERP-Sondervermögens außerhalb des Haushalts und der für den Haushalt geltenden Schuldenregeln sichergestellt werden muss. Für die genaue Ausgestaltung einer effizienten Mittelsteuerung und -verwendung ist aber eine eingehende Diskussion in den kommenden Monaten erforderlich. Mit diesem Schritt kann Deutschland auch seiner führenden Rolle in der Partnerschaft mit der Ukraine nachhaltig gerecht werden und schafft zudem den Rahmen dafür, dass auch deutsche Unternehmen dieser Verantwortung für Transformation und Wiederaufbau gerecht werden können.

Auch die Bundesregierung hat anlässlich der Ukraine Recovery Conference (URC) in einem 15 Maßnahmen umfassenden Papier dargelegt, wie sie insbesondere Unternehmen und private Akteure in ihrem Engagement beim Wiederaufbau der Ukraine besser flankieren bzw. vorhandene Potenziale heben will. Vor allem im Aspekt der Förderung des Engagements des Privatsektors sehen wir einen wichtigen und richtigen Schritt u. a. hinsichtlich einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit als einen Bestandteil der perspektivischen Integration der Ukraine in den europäischen Markt.

Es wird nun eine zentrale Aufgabe der Bundesregierung sein, in Abstimmung mit der EU-Kommission und Italien (als Gastgeber der nächsten URC) und gemeinsam mit der Ukraine für zentrale Sektoren solche Roadmaps auszuarbeiten und mit ausreichend großem Vorlauf vor der URC 2025 vorzulegen. Dabei sollten alle relevanten externen wie internen Akteurinnen und Akteure einbezogen werden. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht stellt die Ukraine den Privatsektor und damit potenzielle ausländische Investitionen vor enorme Herausforderungen. Eine Bereitschaft für Investitionen setzt u. a. voraus, Risiken einschätzen und mitigieren zu können. Daher plädieren wir dafür, dass eine zu entwickelnde Roadmap to EU unter Einbezug bereits vorhandener Expertise Risikoanalysen- und Risikomanagementinstrumente konsolidiert und als Entscheidungsgrundlage für Institutionen und Unternehmen/privaten Akteurinnen und Akteuren bereitstellt.

Aus Sicht des Wirtschaftsforums der SPD e.V. bieten die oben skizzierten Aspekte eine zentrale Grundlage für die Entwicklung einer Roadmap to EU für die Ukraine, die das Potenzial hat, trotz der ungewissen aktuellen Lage, heute gemeinsam an einem Weg für die Ukraine der Zukunft zu arbeiten.

## Über das Wirtschaftsforum der SPD e.V.

Das Wirtschaftsforum der SPD ist ein unabhängiger unternehmerischer Berufsverband und hat als eigenständig eingetragener Verein keine finanziellen, personellen oder strukturellen Verbindungen zu einer politischen Partei. Als Wirtschaftsforum der SPD e.V. organisiert er in erster Linie den Austausch mit den sozialdemokratischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern in Parlamenten, Regierungen und Parteigliederungen in Bund, Ländern und Europa.

Der Verband wurde auf Initiative des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der TUI AG, Dr. Michael Frenzel und einigen Mitstreiterinnen und Mitstreitern im Februar 2015 gegründet. Er hat sich die Förderung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert zur Aufgabe gesetzt und begreift nachhaltigen und innovativen ökonomischen Erfolg als Ergebnis des Zusammenwirkens von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt.

Unsere Mitglieder kommen aus allen Branchen und spiegeln damit den vielfältigen, einzigartigen und erfolgreichen Wirtschaftsstandort Deutschland wider. Im Wirtschaftsforum engagieren sich Unternehmen aus der Automobilindustrie, aus der IT- und Software-Branche, aus der Konsumgüterindustrie, aus der Energiewirtschaft, aus der Versicherungs- und Bankenbranche, aus der Medizintechnik und vielen anderen Bereichen. Darunter sind global agierende Dax- und MDax-Konzerne ebenso wie große, erfolgreiche Familienunternehmen, mittelständische Betriebe, junge, schnell wachsende Startups und internationale Unternehmen mit starker Deutschland-Präsenz.

Die Mitglieder bringen sich inhaltlich in insgesamt 13 verschiedenen Fachforen in die Arbeit des Wirtschaftsforums ein. Die Fachforen sind die Motoren des Wirtschaftsforums, hier erarbeiten die Mitglieder Vorschläge, wie der Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähiger und damit erfolgreicher werden kann.

In unterschiedlichen Gesprächsformaten werden die aktuellen Themen mit Abgeordneten von Bund, Ländern und der Europäischen Ebene ebenso diskutiert wie mit Ministerinnen, Staatssekretären und Fachleuten aus den Ministerien sowie hochrangigen Parteivertretern. Das Wirtschaftsforum der SPD setzt sich für einen intensiven Austausch und neue Formen des Zusammenwirkens von Wirtschaft und Politik ein und organisiert den Dialog zwischen den jeweiligen Vertretern. Größten Wert legt der Verband dabei auf Transparenz und die Einhaltung strenger Regeln für die politische Interessenvertretung.



## Impressum

|                     |   |
|---------------------|---|
| Herausgeber         | <b>Wirtschaftsforum der SPD e.V.</b><br>vertreten durch das geschäftsführende Präsidium<br>Prof. Dr. Ines Zenke (Präsidentin)<br>Heiko Kretschmer (Schatzmeister)<br>Prof. Dr. Susanne Knorre (Vizepräsidentin)<br>Matthias Machnig (Vizepräsident)<br>Philipp Schlüter (Vizepräsident)<br>Dr. Tanja Wielgoß (Vizepräsidentin)<br>Michael Wiener (Vizepräsident)          |
| V.i.S.d.P.          | Dr. Frank Wilhelmy, Geschäftsführer<br><br>Registereintrag im Vereinsregister beim Amtsgericht Charlottenburg<br>unter der Registernummer VR 33920. Das Wirtschaftsforum der<br>SPD e.V. ist registrierter Interessenvertreter zur Registernummer:<br>R000328 des Lobbyregisters beim Deutschen Bundestag und<br>unterliegt dem gesetzlichen Verhaltenskodex des LobbyRG. |
| Anschrift           | Dorotheenstraße 35<br>10117 Berlin  |
| Telefon             | +49 (0)30 400 40 660  |
| E-Mail              | mail@spd-wirtschaftsforum.de  |
| Internet            | spd-wirtschaftsforum.de   |
| Gestaltung und Satz | Anette Gilke, Hannover<br><br>Juni 2024   |